

Ölpreisdeckel als Eingeständnis kontraproduktiver Sanktionen

## Tricks und Strohmänner

Der Schweizer Mathelehrer Manuel Schütz hält mehrere Weltrekorde im Bumerangwerfen. Nicht viel Rechenkünste braucht man, um den Bumerangeffekt der Russland-Sanktionen zu erkennen – ein Blick auf die Gas- oder Stromrechnung genügt. Das Gegenstück sind Rekordgewinne der russischen Energiekonzerne sowie Handelsüberschüsse bei Rekordstärke des Rubels. Der jetzt verabschiedete Ölpreisdeckel ist das Eingeständnis, daß die bisherigen Sanktionen kontraproduktiv waren. Aber werden die Einnahmen Moskaus so wirklich begrenzt? Das kann bezweifelt werden. Abzusehen sind zumindest vorübergehende Verwerfungen im Ölmarkt.



von  
**Thomas Kirchner**

„Die G20-Staaten China und Indien sowie der Nato-Partner Türkei werden Hauptabnehmer.“

Außenminister Sergej Lawrow hat angekündigt, Rußland werde keine Geschäfte mehr mit Ländern machen, die sich dem Preisdeckel anschließen. Energiehungrige Länder, die keine Sanktionen verhängt haben, gibt es viele. Russisches Öl wird also dorthin fließen, während deren bisherige Importe nach Europa umgelenkt werden. Die Gesamtmenge an Öl wird sich langfristig nicht ändern, allerdings kann es in der Übergangsphase zu Engpässen kommen. Die US-Investmentbank JPMorgan Chase warnt vor Verdopplung des Ölpreises auf 170 Dollar pro Barrel, sollte Rußland mit einem Lieferstopp reagieren. Die G20-Schwergewichte China und Indien sowie der Nato-Partner Türkei werden Hauptabnehmer, raffinierte Produkte mit gefälschten Herkunftsdokumenten dann von dort aus in die EU weitergeleitet.

Ein anderer Trick: Einen halbvollen Tanker als voll deklarieren, damit der Durchschnittspreis unter dem Preisdeckel liegt. Zur Verhinderung solcher Winkelzüge soll auch der Transport russischen Öls erschwert werden. Reedereien und Versicherungen dürfen nur noch Dienst-

leister für Ladungen sein, die dem Preisdeckel unterliegen. Da viele diesbezügliche Anbieter in Griechenland bzw. in England ansässig sind, scheint dies zunächst machbar. Doch hunderte ältere Öltanker sollen inzwischen von Rußland oder „Strohmännern“ erworben worden sein.

Und Pekings Planwirtschaftler wurmt schon lange, daß ihr Land zwar Nummer eins beim Umschlag von Seefracht ist, aber Finanziers und Reedereien im Westen sowie Anwälte und die Versicherung Lloyds in London maritime Dienstleistungen unter sich aufteilen. Die neuen Sanktionen könnten Chinas Banken und Versicherungen erstmals den Markteintritt außerhalb des chinesischen Schiffsektors ermöglichen. Und wenn sich das übliche Muster wiederholt, werden chinesische Dienstleister dann nach und nach die westlichen aus dem Markt verdrängen. Aus Pekings und Moskauer Sicht ist es sinnvoll, so viele Elemente des Schiffsverkehrs wie möglich unter ihre Kontrolle zu bringen und so vor aktuellen und künftigen Sanktionen zu schützen. So kann auch der Ölpreisdeckel zum Bumerang werden.

Die westlichen Sanktionen haben durch nur geringfügig niedrigere Mengen zu überproportional höheren Preisen geführt – was Rußlands Finanzen deutlich verbessert. Will man einem Rohstoffexporteur schaden, braucht man so niedrige Preise, daß auch hohe Exportvolumen nur schlappe Gewinne einbringen. Dank hoher Preise wird Rußland weiterhin hohe Einnahmen verbuchen, während sich Zwischenhändler und Schmuggler auf Kosten der Verbraucher eine goldene Nase verdienen. Notwendig wäre eine Kehrtwende bei den Sanktionen und den Ölpreis durch hohe Volumen, auch aus Rußland, zu drücken. Aber eine solche Blamage ist politisch nicht durchzusetzen.

Verfassungsgericht setzt der EU Schranken bei der Kreditaufnahme

## Zweifel mit Sondervotum

Von Dirk Meyer

Die Verfassungsbeschwerden gegen die Kreditfinanzierung des 820 Milliarden Euro schweren Corona-Fonds NextGenerationEU seien erfolglos – so das Bundesverfassungsgericht am 6. Dezember. Dies dürften die Kläger anders sehen, denn der Nikolaus hat mit Ruten nicht gespart. Zwar wurden die EU-Kredite mit gesamtschuldnerischer Haftung (Euro-Bonds – jeder haftet für jeden) mit dem Grundgesetz als vereinbar gewertet. Doch interessant sind die Einhebungen: Künftig wird eine erste Schranke durch die Hervorhebung der Zweckbindung von EU-Krediten gesetzt.

So komme die Kreditaufnahme „ausnahmsweise“ dann in Betracht, wenn das Geld „ausschließlich zweckgebunden“ eingesetzt werde, die „Kreditaufnahme zeitlich befristet und der Höhe nach begrenzt ist und die Summe dieser sonstigen Mittel den Umfang der Eigenmittel nicht übersteigt“. Kredite zur allgemeinen Haushaltsfinanzierung sind also unzulässig. Ob der Mitteleinsatz für Klimaprojekte rechen sei, wird bezweifelt, aber großzügig akzeptiert. Maßgeblich sei zweitens auch der Notfall (Artikel 122 AEUV), konkret die Abwendung wirtschaftlicher Folgen der Corona-Pandemie

für einzelne Staaten, nicht hingegen eine Förderung aller Mitgliedstaaten – wie sie de facto mit dem NGEU jedoch stattfindet. Auch ein Verstoß gegen das Nicht-Beistandsgebot (Art. 125) wird kritisch gesehen, da die EU-Kredite nationale Kredite ersetzen. Die Bindung zukünftiger Bundestage durch eine jährliche Haftungszusage von 32 Milliarden Euro bis 2058 wird hingegen als unproblematisch gesehen.

Selbstzweifel des Zweiten Senats kommen zum Vorschein, wenn mit Formulierungen wie „nicht offensichtlich fehlerhaft“ und „nicht offensichtlich unhaltbar“ gearbeitet wird. Besonders interessant wird das Urteil (2 BvR 547/21) vor dem Hintergrund eines Sondervotums des Verfassungsrichters Peter Müller, denn zwischen 1971 und 2000 entfielen auf 1.714 Entscheidungen nur 108 dieser abweichenden Wertungen. Die Senatsmehrheit lasse demnach nahezu alle relevanten unionsrechtlichen Fragen unbeantwortet und verweigere den Dialog mit dem Europäischen Gerichtshof durch ein unterlassenes Vorabentscheidungsverfahren. Im Ergebnis sieht er einen Rückzug des Senats aus der materiellen Ultra-vires-Kontrolle, mit der Verstöße gegen das Grundgesetz festgestellt werden können.

# Joe Bidens „Buy American“

Macron-Visite in Washington:  
Die transatlantischen Partner EU und USA  
zwischen Subventionswettlauf und Freihandelsträumen

FOTO: PICTURE ALLIANCE / ASSOCIATED PRESS



Emmanuel Macron und Joe Biden beim Staatsdinner im Weißen Haus: Die Reindustrialisierung Amerikas nicht auf Kosten Europas betreiben

ALBRECHT ROTHACHER

Großer diplomatischer Bahnhof für Emmanuel Macron nebst Gattin Brigitte in Washington, das erste große Staatsdinner im Weißen Haus nach Corona – und gleichzeitig ein Theater des Absurden. Denn der französische Präsident ist mit seinem Wirtschaftsminister Bruno Le Maire in der EU der schärfste Kritiker des „super-aggressiven“, Inflation Reduction Acts (IRA) von Gastgeber Joe Biden. Dessen 391-Milliarden-Dollar-Subventionspaket soll angeblich der Inflationbekämpfung dienen. Doch praktisch dient es – im Widerspruch zu den Regeln der Welthandelsorganisation WTO – dem vermehrten Kauf von amerikanischen Produkten.

Aus Donald Trumps Dekret „Buy American and Hire American“ (Executive Order 13788) ist unter dem US-Demokraten schon im Januar 2021 „Buy American“ (Ensuring the Future Is Made in All of America by All of America's Workers/EO 14005) geworden. Mit dem im August unterzeichneten IRA werden Elektroautos mit Steuergutschriften von 7.500 Dollar subventioniert – aber nur, wenn sie einschließlich Batterien ab 2026 zu mindestens 80 Prozent „Made in USA“ sind. Macron und Le Maire forderten prompt ein analoges „Buy European“-Gesetz. Die deutsche Politik fürchtet derzeit einen Subventionswettlauf wie weiland zwischen Airbus

und Boeing, obwohl die deutschen Pkw-Exporte in die USA viel härter betroffen sein werden.

Und Deutschland hätte bei einem offenen transatlantischen Handelskrieg viel mehr zu verlieren: Unsere US-Exporte summieren sich in den ersten drei Quartalen dieses Jahres auf 104,7 Milliarden Dollar – Frankreich lieferte nur für 42,5 Milliarden Dollar nach God's Own Country. Die USA sind zudem unser wichtigster Exportmarkt. Doch da Olaf Scholz für Biden mangels Führungskraft genauso als Ansprechpartner ausfällt wie die erratische Uschi von der Leyen als EU-Kommissionspräsidentin, wird Frankreich als „ältester Verbündeter“ der USA abgefeiert und von Biden beschwichtigt: Er wolle die Reindustrialisierung Amerikas nicht auf Kosten Europas betreiben. Doch genau das ist geplant – mit der aktiven Mithilfe der grünen EU-Deindustrialisierungs-Politiker.

### Die inflationstreibenden CO<sub>2</sub>-Sonderzölle und der „Green Deal“

Die Amerikaner sind mit ihrem defizitären Außenhandel (minus 917 Milliarden Dollar in den ersten drei Quartalen) nur noch in wenigen Sektoren wettbewerbsfähig: der Landwirtschaft, bei Rohstoffen und Energieexporten, der Rüstung und der Hochtechnologie. Jetzt soll der „Rust Belt“, der sich im Nordosten von Chicago über Detroit bis New York zieht, als „Batteriegürtel“ revitalisiert werden. Graphit-, Lithium- und Kobaltwerke sowie Batterie-Gigafabriken sollen auf den alten Industriebrachen entstehen. Niedrige Energie- und Arbeitskosten plus Importschutz locken. Mit der geschützten und hochsubventionierten E-Autoherstellung werden nicht nur die verhassten chinesischen Rivalen, sondern auch europäische, japanische und südkoreanische Pkw-Importe ausgeschaltet.

Und das ist das einzige Thema, bei dem sich Republikaner und Demokraten völlig einig sind. Nur noch Batteriebestandteile aus Ländern, mit denen die USA Freihandelsverträge hat, wie Kanada und Mexiko, werden nach 2026 noch zulässig sein. Damit wollen die USA ihren eigenen Bergbau von Nickel, Lithium, Kupfer und seltenen Erden fördern. Die Endfertigung hat ohnehin in den USA stattzufinden. Daß die Bevorzugung einheimischer Güter und die Import-Diskriminierung WTO-Regeln widerspricht, stört in Washington niemanden, hat man doch durch die Nicht-Ernenennung von Richtern die WTO-Schiedsgerichtsbarkeit beizeiten sabotiert. Zugleich wird die europäische Industrie von den höchsten Energie- und Arbeitskosten der Welt belastet – bei inflationären Preisen für Rohstoffe und Vorprodukte. Die Stromversorgung wird

– durch den Ausstieg aus Atom und Kohle – immer unsicherer. Die Unternehmen werden durch Endlosvorschriften, Lieferkettenbürokratie, CO<sub>2</sub>-Abgaben und Klimaauflagen schikaniert, während die Verkehrsinfrastruktur zerfällt und die qualifizierten Mitarbeiter rar werden. Da China angesichts des „Chip-Kriegs“ zwischen Washington und Peking sowie der Politik von Xi Jinping zu riskant und Rußland zum Tabu-Land wurde, lautet die Parole vom Dax-Vorstand bis zum Mittelständler: „Go west!“ Sprich: Fertigung in Nordamerika.

Natürlich nicht über Nacht und ohne dies an die große Glocke zu hängen beginnen ähnliche Produktionsverlagerungen wie vor 30 Jahren nach Osteuropa und vor 20 Jahren nach China. Diesmal Richtung USA – und ohne Wiederkehr. So „modernisiert“ BMW bereits sein größtes Werk in Spartanburg in South Carolina. 2021 liefen hier 433.000 SUV der großen X-Baureihen vom Band – ein neuer Rekord, der die Bayern zum größten US-Autoexporteur machte. VW will in Kanada Rohstoffe fördern. Tesla hat sich von den Plänen einer Batteriefabrik in Brandenburg verabschiedet zugunsten von „Made in USA“. Hätte die EU ein transatlantisches Freihandelsabkommen, wären den US-Protektionisten die Hände gebunden.

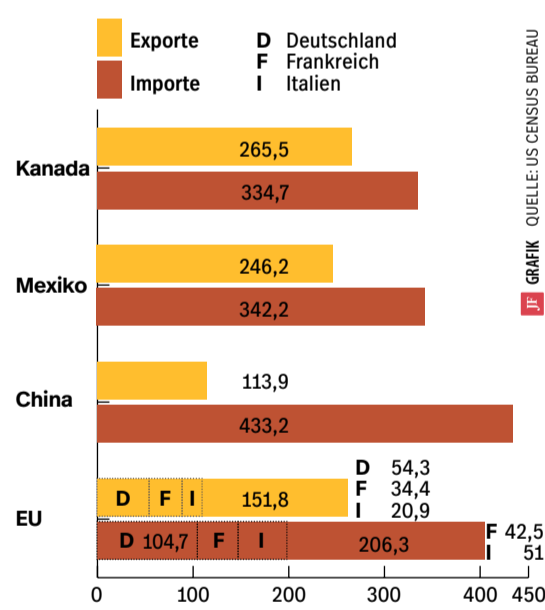
Doch Trump beendete 2017 – zur Freude der grünen Chlorhuhn- und Genmais-Hysteriker – die TTIP-Verhandlungen. Schüchtern haben Scholz und die FDP eine Wiederbelebung der Verhandlungen laut angedacht. Doch Biden wie Macron am kommenden transatlantischen Handels- und Technologierat, der Probleme lösen soll, bereits abgesagt hat. Die EU-Seite soll nun von Björn Seibert, von der Leyens EU-Kabinettschef und einem, der auf den „Green Deal“ stolz ist, angeführt werden.

Die EU-Freihandelspläne werden zudem mit sachfremden Menschenrechts-, Sozial- und Klimaaufgaben befrachtet, die außerhalb Westeuropas kaum Nachahmer finden. Das Ceta-Abkommen mit Kanada wird gerade mit Ach und Krach in den EU-Mitgliedsstaaten ratifiziert. Abkommen mit Chile, Mexiko und Neuseeland stehen an. Doch die Kommission will weiterhin die inflationstreibenden CO<sub>2</sub>-Sonderzölle (Carbon Border Adjustment Mechanism/CBAM) einführen, um teure Klimaaufgaben durchzusetzen. Doch das wird unweigerlich überall Gegenzölle auf EU-Exporte auslösen. So als hätte man nicht genug Feinde und Probleme.

► [www.epa.gov/green-power-markets/inflation-reduction-act](http://www.epa.gov/green-power-markets/inflation-reduction-act)  
► [www.madeinamerica.gov](http://www.madeinamerica.gov)

### US-Außenhandel 2022

1. bis 3. Quartal in Milliarden Dollar



Weihnachten naht – Zeit für nachhaltige Geschenke!

Neu!

## DER VERDRÄNGTE HUMANISMUS

Jetzt im Schmukschuber – Band 2 soeben erschienen!

Peter Priskel  
**ZWÖLF HUMANISTEN**  
„DER VERDRÄNGTE HUMANISMUS“ II. BAND  
AHRIMAN

Noch – und noch lange – flackerten im Hintergrund die Scheiterhaufen, waren die Juden ihres Lebens nicht sicher und stöhnten die Opfer in den Folterkellern, als das totalitäre System des Mittelalters erste Risse bekam und der GEIST nach fast tausendjähriger Pause kraftvoll nach Europa zurückkehrte. Der Band behandelt Leben und Wirken von zwölf außergewöhnlichen Humanisten.

Band 2:  
616 S., € 24,80 / ISBN 978-3-89484-844-6

Beide Bände im Schuber:  
840 S., € 41,50 / ISBN 978-3-89484-845-3

Band 1 auch einzeln erhältlich:  
224 S., € 17,80 / ISBN 978-3-89484-836-1

www.ahriman.com

Achtung: Alle unsere Verlagstitel sind lieferbar! Auch Buchhändler können belogen werden. Telefonische Bestellung ist immer möglich: ☎ 0761/502303